POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 88. X. BAND 5. März 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter“
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Die **Polnischen Blätter**

erscheinen am 5., 15. und 25. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):
vierteljährlich Mk. 3,50 — Einzelheft 40 Pfennig
Insertionspreis: 1/1 Seite 50 Mk., 1/2 Seite 25 Mk.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten an:
W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28
Fernsprecher Amt Steinplatz, Nr. 2306

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 88 5. März 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Polnische Zukunft?

Von Friedrich Naumann.

Verehrter Herr Feldmann! Sie haben als Vertreter des polnischen Gedankens in Deutschland ein als Manuskript gedrucktes offenes Schreiben an mich gerichtet, in dem Sie den ganzen Unwillen, den Zorn und die Enttäuschung der polnischen Nation vor mir ausschütten und gerade von mir verlangen, daß ich jetzt das Wort des Protestes und der Moral spreche, das gegenüber den brutalen und materiellen Bestrebungen des offiziellen Deutschland nötig sei, wenn zwischen Polen und Deutschland überhaupt noch gemeinsame politische Arbeiten und Hoffnungen möglich bleiben sollen. Ich danke Ihnen für das gute Zutrauen, das in Ihrer Zuschrift liegt, glaube aber nicht, daß ich Ihren Erwartungen ganz entsprechen werde, weil das im gegenwärtigen Zeitpunkt weder von mir noch von irgend jemand sonst geleistet werden kann. Die Voraussetzung Ihrer Anforderung ist nämlich, daß ich in den jetzt strittigen Fragen den Polen völlig recht gebe und den Deutschen völlig unrecht, als sei der polnische Standpunkt von vornherein der moralisch bessere. Das aber werde ich nicht tun, weil die Dinge nach meiner Meinung und Beachtung bei weitem nicht so einfach liegen. Auf die Gefahr hin, Ihnen und vielen Polen eine Enttäuschung zu bereiten, werde ich kurz darlegen, wie mir heute das deutsch-polnische Verhältnis erscheint:

Wir erleben soeben eine sehr ernste Krisis der beiderseitigen Beziehungen, die allen Beteiligten viel zu bedenken gibt. So schwer nun für uns, die wir an die Zugehörigkeit Polens zu Mitteleuropa glauben, diese tiefgreifende Erschütterung sein muß, so wage ich doch zu sagen, daß sie vielleicht für die Zukunft gut ist, weil durch sie ein gewisser Zwang zu weiterer Klärung entsteht. Der Nebel, der über dem

neuen Königreich Polen lag, war zu undurchsichtig geworden. Kein Mensch wußte eigentlich, ob und inwieweit die Proklamation der zwei Kaiser vom 5. November 1916 noch galt und ob es einen polnischen Staat gab oder nicht. Der Regentschaftsrat ist vor kurzem von den Herrschern in Berlin und Wien sehr liebenswürdig empfangen worden, und offiziell wurde Polen beständig aufgerichtet, aber dabei hörte auf der polnischen Seite ein vielfältiges privates Verhandeln mit gegnerischen Mächten nicht auf, und auf deutscher Seite blieb eine Zähigkeit des Okkupationszwanges, die sich mit dem feierlichen Bekenntnis zum neuen befreiten Polenstaate schlecht vertrug. Innerhalb der deutschen Okkupationsregierung finden sich zahlreiche prinzipielle Gegner der v. Beselerschen Politik, die gar kein gutes Gedeihen des neuen Polens wünschen oder erwarten, und innerhalb der Polen sind zahlreiche und nicht unbedeutende Elemente, die lieber heute als morgen den letzten Deutschen aus Warschau herauswerfen würden. Keine der beiden Regierungen (weder der Generalgouverneur v. Beseler noch der Regentschaftsrat) bringen es fertig, ihr Gebiet vom störenden Gestrüpp zu säubern. Wir wollen und können hier nicht untersuchen, warum beide Teile bis jetzt nicht imstande waren, den Geist vom November 1916 reinlich zur Durchführung zu bringen; es genügt, daß wir vom Ergebnis des seitherigen Zustandes sprechen: Unmöglichkeit, auf diesem Wege vorwärts zu kommen!

Das ist es, was beiderseits empfunden wird. Die Reden, die im Deutschen Reichstag von preußisch-polnischer Seite durch Abg. Prälaten Stychel und von deutscher Seite durch Abg. Fehrenbach gehalten wurden, waren in gewissem Sinn Abschiedserklärungen. Ich weiß natürlich, daß die Warschauer Polen nicht jedes Wort zu vertreten bereit sind, das von agitatorischen Herren aus Posen oder Oberschlesien gesprochen wird, aber dieses Mal standen sie auch wohl nicht nur hinter den vornehmen Ausführungen des greisen Fürsten Radziwiłł, sondern auch hinter den scharfen Einseitigkeiten von Prälat Stychel, denn jetzt wollten sie alle oder fast alle die Kampfansage. Es mußte darauf eine ebenso runde

Antwort erfolgen, und es ist sicher für die Lage der Dinge bezeichnend, daß ein Mitglied der Zentrumspartei von der allgemeinen Rechtlichkeit und Menschenfreundlichkeit Fehrenbachs zu so weitgehender Abgrenzung und Absage gelangte. Nach diesen Aussprachen muß nun von vorn angefangen werden, oder das Mißverständnis ist Dauerzustand. So sieht es parlamentarisch in Deutschland aus, ähnlich scheinen die parlamentarischen Dinge in Oesterreich zu sein, und man darf annehmen, daß auch die Regierungen bei uns und Ihnen nicht viel anders zur Sache stehen: Neuer Anfang oder Aufgabe der Politik vom November 1916!

Das, was den Anlaß zur jetzigen schweren Krisis gab, war die Nichtbeteiligung der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen mit der Ukraina. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich die Ausschließung Polens von den Friedensverhandlungen für einen verhängnisvollen Fehler halte. Auch im allereigensten deutschen Interesse mußte dafür gesorgt werden, daß kein unbefriedigter Nächstbeteiligter übrigblieb. Will man die Ostverträge nicht später nochmals vor einen Weltkongreß bringen, so müssen sie auch die Unterschrift des neuen polnischen Staates tragen. Und selbst für den immerhin möglichen Fall, daß die Vertreter Polens aus gewissen Gründen die Mitunterzeichnung verweigern, so ist es besser, ihnen nicht das Gefühl gegeben zu haben, daß man sie überhaupt nicht dabei haben wollte. Staatsrechtliche Gründe gegen die Teilnahme dieser Vertreter lassen sich natürlich, wenn man will, aus der unfertigen Lage des polnischen Staates herleiten, aber läßt sich die ukrainische oder auch die bolschewistische Vertretung nicht noch viel mehr anfechten? Ich bin überzeugt, daß die Frage der Chełmer Grenze weit weniger Schärfe gewonnen hätte, wenn eine geregelte polnische Vertretung vorhanden war. Warum hat sie gefehlt? Wir haben mit Befriedigung in der Reichstagskommission von Staatssekretär v. Kühlmann gehört, daß die Politik vom November 1916 noch zu Recht besteht. Warum also hat man aus ihr nicht die nötigen Folgerungen gezogen? Hier bleibt eine nicht aufgeklärte Stelle. Was ist nach dem

Besuch der Regentschaft bei den zwei Kaisern vorgegangen? Wenn man neu anfangen will, wird man hier beginnen müssen.

Das polnische Volk wird von dunklen Sorgen erfüllt vor Entscheidungen, die in der Luft liegen sollen: Abschneidung von der russischen Grenze durch vorgelagerte künstlich zurechtgemachte Zwischenstücke (Einkapselung) und Landverluste an Preußen! Man glaubt, daß die in § 2 des Friedensvertrages enthaltene Bestimmung über Chełm und Brest- Litowsk nur Bestandteile eines allgemeinen Einschnürungsplanes sind, der als *neue Teilung Polens* bezeichnet wird. Und in der Tat gibt es allerlei Anzeichen, daß von manchen Seiten etwas Derartiges beabsichtigt wird. Demgegenüber verlangen Sie unsere unzweideutige Erklärung, daß wir ein solches Verfahren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen wollen. Die deutsche Reichstagsmehrheit soll sich als politische und moralische Schutzmacht für den Bestand des neuen Staates erheben.

Natürlich kann ich nur für meine Person antworten, nachdem die Parteiführer Fischbeck, David und Fehrenbach ihrerseits gesprochen haben. Sie werden aus den betreffenden Erklärungen entnommen haben, daß die *Reichstagsmehrheit nach wie vor gegen jede Annexion ist*. Das aber genügt Ihren östlichen und nördlichen Wünschen nicht, da es sich dort um Grenzlinien innerhalb des jetzigen Okkupationsgebietes handelt. Wieweit der Reichstag für diese Grenzfragen außerhalb des deutschen Reichsgebietes verfassungsrechtlich zuständig ist, mag unerörtert bleiben, da er zweifellos sein Wort zu diesen Problemen wird sprechen können. Ob und inwieweit er es tut, wird nun beim Neuanfange der beiderseitigen Beziehungen zweifellos sehr weitgehend von Erklärungen abhängen, die von polnischer Seite abgegeben werden oder nicht.

Das, was in Deutschland erwartet wird, ist eine *Bürgschaft künftigen Friedenszustandes zwischen beiden benachbarten Völkern*. Dazu gehört in erster Linie eine offizielle Kundgebung Polens, daß es die vorhandenen deutschen Reichsgrenzen als zu Recht bestehend

anerkennt. Das brauchen wir nicht um unserer Grenzen willen, denn diese werden wir selber schützen, aber das Verhältnis zum neuen polnischen Staate wird davon abhängig sein, daß wir vor dauernden Unterwühlungen durch Irredenta-bestrebungen gesichert sein wollen, soweit das möglich ist. Die Polen können Achtung ihrer Grenzen von deutscher Seite nur dann verlangen, wenn sie keinen Verdacht übriglassen, daß der neue Staat sich etwa so verhalten könnte wie Serbien gegen Oesterreich-Ungarn. Ich habe mit zahlreichen Deutschen aller Parteirichtungen über diese Schwierigkeit zu sprechen Gelegenheit gehabt und immer wieder gefunden, daß hier der Punkt liegt, den man trotz seiner Peinlichkeit nicht stillschweigend umgehen kann. Ich darf auch daran erinnern, daß in meiner Broschüre „Was wird aus Polen" ich damit begonnen habe, zu sagen, daß eine Diskussion über das preußische Polengebiet ausgeschlossen sein müsse. Inzwischen aber sind durch Ausführungen des Abgeordneten Daszyński im österreichischen Reichsrat und andere polnische Aussagen, die aus Zensurgründen meist außerhalb des Generalgouvernements Warschau geschehen, die Zweifel verstärkt worden, ob die Mehrheit der Polen einen Frieden auf dieser Grundlage ehrlich will. Wenn sie ihn will, so ist es jetzt an der Zeit, das in aller Form auszusprechen.

Dabei sollen Sie nicht glauben, als hätten wir kein Gefühl dafür, welchen schwierigen Akt wir Ihnen damit zumuten. Kein Nationalgeist wird sich leicht in solche selbstgewählte Beschränkung fügen. Da aber wir Reichsdeutschen so oft gegenüber den österreichischen wie gegenüber den Schweizer Deutschen den notwendigen Verzicht auf nationale Staatszusammengehörigkeit mit Bewußtsein restlos vollzogen haben, so können gerade wir mit Freiheit eines guten Gewissens ein ähnliches Verfahren von polnischer Seite beanspruchen, da es durch geographische und andere Notwendigkeiten unvermeidlich gemacht wird. Sobald dieser Höhepunkt klar geregelt sein wird, kann auf neuer Grundlage über Freihafen, Ostgrenze und anderes verhandelt werden. Aus meiner Kenntnis der in Deutschland vorhandenen Strömungen heraus halte ich es für meine Pflicht,

Ihnen das als Antwort auf Ihre offene Zuschrift nach reiflicher Ueberlegung zu antworten. Bei einer solchen Erklärung geben die Polen nichts Wirkliches auf, denn ihre Beanspruchung preußischen Staatsgebietes hat auch im Weltkrieg, wie sie sich meist selbst zugestehen, keine Aussicht auf Realisierung. Es spricht aber sehr große Wahrscheinlichkeit dafür, daß die innere Politik Preußens gegenüber den preußischen Polen von dem Tage an eine weit befriedigendere sein wird, wo der Irredentagedanke tatsächlich beseitigt ist. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hat keine Freude an Ausnahmegesetzen und politischen Rechtsbeschränkungen und wünscht den friedlichen Ausgleich mit der polnischen Nation. Ebenso ist sie aber auch entschlossen, die Staatsgrenzen zu wahren. Es kann hier mit einem historischen Worte unendlich viel Spannungszustand beseitigt, viel aufreibender, verbitternder und zweckloser Kampf erspart werden.

Ob die polnische Regentschaft ihrem eigenen Volke gegenüber die Verantwortung eines solchen Aktes übernehmen kann, ist ihre eigene Frage. Sie wird sich in ihren ernsten Erwägungen aller entgegenstehenden innerpolitischen Schwierigkeiten nicht verhehlen dürfen, daß ohne die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses solche Krisen, wie wir jetzt eine erleben, in verschärfter Form wiederkehren werden. Was ist dann das Schlußergebnis? Polen geht dann verbittert und von neuem zerbrochen in die nächste Geschichtsperiode hinein, wird uns zum Hemmnis und Stein des Anstoßes, gedeiht aber auch selbst nicht zur Freude und zum Segen seiner Kinder. Ein Polen ohne innerlichen Friedensschluß mit dem Deutschtum ist eine Last für beide verbündeten mitteleuropäischen Reiche, eine europäische Gefahr und Friedensbedrohung, ein Ausgangsort für politische Umtriebe, Agitationen und Verschwörungen, die keiner in Deutschland leicht nehmen sollte. Aber ist das die geschichtliche Rolle, die nach vielen vergangenen Leiden die polnische Nation als ihr eigenes Lebensziel ansehen will? Kann das ihr positives Ideal sein?

Es ist sicherlich gerade für das polnische Volk nach

seiner romantisch-idealistischen Geistesrichtung ein harter Entschluß, grundsätzlich Realpolitik treiben zu wollen. Auch wir Deutschen haben es erst in der Schule der weltgeschichtlichen Erfahrungen gelernt. Was uns Bismarck beigebracht hat, war dieser Entschluß. Er brachte zunächst für viele alte Großdeutsche eine schmerzvolle Enttäuschung, aber er war gesund. Noch weisen Sie diese Methode des politischen Denkens von sich, als sei sie nur ein Stück der deutschen Mathematik, aber sie ist ein Urelement des politischen Lebens überhaupt: die Kunst des Möglichen!

Noch vieles andere könnte im Anschluß an Ihre Zuschrift gesagt werden, aber es will mir scheinen, daß zunächst der Kern des Problems klar ins Auge gefaßt werden muß: Polen kann ein bedeutender, starker, lebensvoller Teil Mitteleuropas werden, soll es werden, wenn es das Deutsche Reich in seinem staatlichen Bestande anerkennt! Das rückhaltlos auszusprechen, halte ich für das beste, was ich jetzt in unveränderter Freundschaft tun kann. Ob das Aussprechen etwas hilft, liegt jenseits meines eigenen Tuns.

Ihr treu ergebener

Fr. Naumann.

(„Die Hilfe“, Nr. 9 vom 28. Februar.)

Zu den Naumann'schen Ausführungen.

Mit der ihm eigenen Ruhe und Vornehmheit hat Friedrich Naumann in die deutsch-polnischen Angelegenheiten eingegriffen, und zwar in einer Stunde der Not, als ein befreiendes Wort, eine Tat von Millionen erwartet wurde. Ob seinem Schreiben die Bedeutung einer Tat zukommt und ob sie befreiend auf die Gemüter einwirken wird, ist jedoch fraglich.

Wir müssen leider von Naumann als Parlamentarier absehen; als solcher ist er an Fraktionsbeschlüsse gebunden. Was sagt uns aber der Volksmann, der geistige Führer eines großen Teiles der deutschen Nation, die ohne Zweifel zu den auserwählten Geistesnationen gehört.

In der Einleitung lesen wir als nebensächliche Bemerkungen, daß kein Mensch eigentlich weiß, ob und inwieweit

die Proklamation der zwei Kaiser vom 5. November 1916 noch gilt, und ob es einen polnischen Staat gibt oder nicht. Wir lesen, daß sich innerhalb der deutschen Okkupationsregierung in Polen zahlreiche prinzipielle Gegner der v. Beselerschen Politik befinden, und daß es eigentlich nicht bekannt ist, was nach dem Besuch der Regentschaft in Berlin und in Wien, wo sie sehr liebenswürdig empfangen worden waren, vorgegangen wäre, was als Hindernis bei den Schlußfolgerungen aus der Tatsache des Bestandes des polnischen Staates aufgetreten sei. Eine dieser Schlußfolgerungen sollte auch die Zulassung der polnischen Vertretung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sein; die Ausschließung Polens von den Friedensverhandlungen hält der verehrte Verfasser für einen verhängnisvollen Fehler. Und nach dem Allen soll nicht untersucht werden, warum der Geist vom November 1916, d. i. der Wille zur Schaffung eines polnischen Staates, bis zum heutigen Tage nicht zur Durchführung gelangt ist!

Daß polnischerseits Fehler begangen worden sind, wird jeder denkende Pole zugeben. Wer einen Einblick in die polnische Presse hat, der weiß es sehr gut, welchen harten Kampf die polnischen Aktivisten gegen ihre Gegner führen, welche harte verba veritatis ihnen entgegengeschleudert werden. Das auch vor dem deutschen Publikum vorzutragen, hat wenig Sinn; diese Auseinandersetzung muß jede Nation unter sich ausmachen. Auch handelt es sich nicht um Vorwürfe und theoretische Untersuchungen über die Vergangenheit. Wenn aber im Strome der laufenden Politik solche ungeheuerlichen Tatsachen, wie sie Abg. Naumann zugibt, auftreten, und die zum Verständnis der Vergangenheit, und somit auch der Zukunft, nötigen Untersuchungen nicht angestellt werden, so müssen wir sagen, daß das Verständnis der erörterten Frage damit nicht gefördert und eine bessere Zukunft nicht angebahnt wird*).

---

*) Wie wichtig die gründliche Prüfung der jüngsten Vergangenheit für das praktische Leben ist, beweist die Frage der Zulassung der Polen zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Das Tendenziöse tritt mit jedem Tage deutlicher hervor, seitdem es bekannt ist,

Für uns ist es keine Kleinigkeit, zu erfahren, ob und inwieweit die Zweikaiserproklamation noch gilt, ob und inwieweit zwischen dem Besuch der Regentschaft in Berlin und den Verhandlungen in Brest-Litowsk polnischerseits etwas versehen worden ist, was die Nichtberücksichtigung der bescheidenen polnischen Wünsche berechtigt machen konnte, ob und inwieweit sich die Herbeiführung einer Katastrophe rechtfertigen läßt, die mit der Abtrennung vom polnischen Heimatlande zweier Provinzen (12 000 qkm, 14 Städte, 106 Landgemeinden und ca. 930 000 Einwohner) begann, und Gott weiß, mit welchem Unglück enden wird.

Auf alle diese Fragen erhalten wir keine Antwort, aus der Weisungen für die Zukunft entnommen werden könnten. Dagegen wird die ganze Diskussion über den jetzigen Stand der Polenfrage mit einem plötzlichen Ruck auf einen neuen Standpunkt gebracht. Bis jetzt hieß es, die Polen müssen den Kürzeren ziehen, weil sie im gegenwärtigen Krieg keine Partei waren und besonders keine Armee aufgestellt haben. Diese Vorwürfe sind unserer Meinung nach nicht berechtigt; die Polen, die die Legionen ausdrücklich gegen Rußland organisiert haben, w a r e n eine Kriegspartei. Das Fehlen einer großen polnischen Armee ist ein Unglück für die Polen, nicht aber für die Zentralmächte, und es besteht auch kein Anlaß, die Polen zu bestrafen. Jetzt erfahren wir plötzlich, daß eine Bürgschaft künftigen Friedenszustandes zwischen Polen und Deutschland verlangt wird, und daß diese Bürgschaft in der Form einer offiziellen Kundgebung Polens bestehen soll, daß es die vorhandenen deutschen Reichsgrenzen als zu Recht bestehend anerkennt.

---

daß zu den ersten Verhandlungen vom Grafen Czernin ein galizischer Ukrainer, Baron Wassylko, während deutscherseits sogar ein litauischer Teilnehmer, Prof. Woldemar, zugelassen wurde. Nur ausgerechnet der Pole mußte fehlen. Zu den letzten Friedensverhandlungen, hieß es, sollte ein Pole hinzugezogen werden; das geschah aber nicht, und so kam ein Frieden mit Rußland zustande, der Weißruthenien in solcher Weise zurichtet, daß ein gewaltiger Teil der polnischen und weißruthenischen katholischen Bevölkerung, wie auch des polnischen Grundbesitzes, Rußland ausgeliefert wurde. Staatsrechtlich kann Polen einen Protest nicht erheben, ein Unglück aber bleibt es doch.

Wir wollen die offene Frage offen und ehrlich beantworten.

Daß ein großer Teil des polnischen Volkes das möglichst große Polen, mit Einschluß der gegenwärtigen preußischen Provinzen ersehnt, ist eine Tatsache. Das sind Gefühlswerte, die Abg. Naumann zu schätzen weiß. Gefühlswerte lassen sich aber mit geschriebenen Verzichtleistungen und anderen Formalitäten nicht erledigen. Wie steht es polnischerseits? Sämtliche Teilungen Polens tragen ja Unterschriften polnischer verantwortlicher Staatsmänner; dies änderte die Gefühle nicht. Auf die Taten kommt es an, und glaubt jemand wirklich, daß die Polen in irgendeiner Form für die Sicherheit und Grenzen des preußischen Staates gefährlich sind? Deutscherseits aber wird letzteres von manchen Parteien behauptet werden, sollten auch 99% sämtlicher Polen in der Welt den verlangten Verzicht leisten und nur 1% bei seiner Sondermeinung beharren.

Das ist keine Realpolitik, die mit Formalitäten und Deklarationen arbeitet. Realpolitik wäre unserer Meinung nach die Schaffung von rechtlichen und kulturellen Zuständen, die das Nebeneinanderleben beider Völker ermöglichen und mit der Zeit die geschlagenen Wunden heilen, die Annäherung fördern. Uebrigens sind ja die Naumannschen Wünsche auch jetzt mehrmals erfüllt worden; im Moment, als die aktivistischen Parteien sich für ein Bündnis mit den Zentralmächten erklärten — dies geschah mehrmals —, ist ja darin der Naumannsche Wunsch implicite enthalten; und als der Regentschaftsrat die Hoffnung aussprach, mit dem deutschen Volke gemeinsamen politischen Zielen zustreben zu wollen, hatte das auch doch einen nicht mißzuverstehenden Sinn. Nur fehlen eben die realen Bedingungen, die die deutsch-polnische Verständigung ermöglichen können, und nur gemeinsam erlebte Geschichte vereinigen die Völker und führen zu einer gemeinsamen Zukunft. Dagegen sind Formalitäten nur Demonstrationen, rufen Kränkungen und Zwistigkeiten hervor, was Politiker, die nur darauf spekulieren, reichlich ausnützen, um mit der Parole zu schließen: zuerst Einheit und Ordnung, dann Reformen. So gelangen wir auf die Bahn jeder Reaktion.

Wir sagen das mit aller Offenheit, wobei wir auch betonen, daß in Polen auch genug Parteien und Persönlichkeiten vertreten sind, die das Naumannsche Verlangen erfüllen würden. Wann aber kommen wir endlich zu einer wirklichen Realpolitik? Neue Bedingungen werden gestellt, und inzwischen wurde die Chełmer Frage erledigt, inzwischen wurde mit Rußland ein Frieden geschlossen, der für die Entwicklungsmöglichkeit der Polen gegen den Osten der möglichst ungünstige ist; inzwischen wurden vom Reichskanzler nicht Annexionen auf Kosten Polens, sondern vom militärischen Standpunkt notwendige Grenzberichtigungen in Aussicht gestellt, und der Sprecher der Fraktion, der auch der Abg. Naumann angehört, hat dies bereits in blanco bestätigt.

Es ist wirklich die höchste Zeit, mit Taten einzugreifen! Die Stellung des Deutschen Reichstages in der Chełmer Angelegenheit hat uns eine schmerzliche Enttäuschung bereitet; sucht ja sogar die Wiener Bürokratie einen Ausgangspunkt, und ist es heute in Wien schon klar, daß die Bestimmungen des Vertrages betreffs Chełm umgeändert werden können und müssen, nur der Deutsche Reichstag verschloß sich dieser Wahrheit. Noch aber ist das letzte Wort in der Polenfrage nicht gesprochen worden. Wir sind uns dessen gut bewußt, daß wir viel zu verlieren haben. Die Integrität des Landes, sein Verhältnis zu Litauen, dem bißchen verfügbaren Weißruthenien, die innere und auswärtige Unabhängigkeit — sind in hohem Maße von Deutschland abhängig. Die Ententemächte haben ja auch ihre Programme und Lockungen; unser Weg kann aber niemals derjenige der Feinde der Zentralmächte sein, *auch sollte doch alles angewandt werden, damit ein europäischer Kongreß vor eine friedliche Lösung der Polenfrage gestellt wird.* Allein in der Logik der Verhältnisse liegen ja Zukunftsmöglichkeiten, die dem Realpolitiker zu denken geben sollten. Der Friede im Osten ist geschlossen, aber so sicher, wie aufrichtig die den Russen auferzwungene „Freundschaft“ für Deutschland ist. Das russische Reich ist geschwächt, aber es bleibt doch ein Koloß. Nach den Bolschewiki werden wahrscheinlich die Sozialrevolutionäre, nachher die Kadetten

kommen, und ein neues Rußland wird entstehen. Diesem neuen Rußland wird sich die Ukraina, wenn zuerst auch nur handelspolitisch, anschließen. Wie lange wird die „Freundschaft“ mit Deutschland anhalten? Aus dem nahen und fernen Asien drohen auch Gefahren: Japan, China.... Soll Litauen und der Teil der orthodoxen Ukraina, die bestimmt sind, Polen zu umklammern, den großen Schutzwall bilden? Wir vernehmen übrigens jetzt schon deutsche Pressestimmen, die im litauischen Staate „ein neues Polen“ (soll heißen: „ein neues Serbien“) erblicken....

Hans Delbrück warnt in der letzten Nummer der „Preußischen Jahrbücher“ vor den Folgen, da „der verbleibende Rumpfstaat Polen immer noch viel zu groß und stark sein wird, um sich in sein Schicksal zu finden und einmal ein politisches Träumerdasein zu führen. Die Macht des von allen Seiten eingeengten Staatswesens wäre allerdings nur mäßig, aber ein steter Herd von Konspirationen und europäisch-amerikanischer Intrigen. Auch wenn wir etwa noch weiter gingen und den neuen Staat noch mehr drückten, indem wir ihn zwängen, uns strategische Grenzberichtigungen zuzugestehen — bis zur Unschädlichkeit könnten wir ihn niemals verkleinern. Solange überhaupt ein Rest von Selbständigkeit übrigbleibt, und ein Volk von 25 Millionen mit stark entwickeltem Nationalgefühl, aristokratischen, zur Führung befähigten Familien, wahltreibender Bourgeoisie, bleibt immer eine Macht, mit der man rechnen muß“. Die Wirklichkeit beweist übrigens, daß das Polentum in Posen unter allerlei Druck an Kraft nicht einbüßt....

Aber wollen wir von den Delbrückschen Ideen absehen — fragen wir nur: quousque tandem? Wie lange soll die Welt auf Feindschaft und Krieg und Vergeltung eingestellt sein? Müssen durchaus neue Herde von Einflüssen, die für uns alle schädlich sind, geschaffen werden, wo die Möglichkeit besteht, ein freundschaftliches Verhältnis einzuführen, das mit der Zeit sich vertiefen und zur Aussöhnung zweier, nicht durch Polens Schuld mißgestimmter Völker führen würde...?

Es werden gewiß Jahrzehnte verfließen, bis nochmals

ein Augenblick kommt wie der bevorstehende, in der zweiten Hälfte dieses Monats, wenn der Reichstag bei Erörterung des Friedens mit Rußland die Polenfrage im großen Sinne des Wortes nochmals aufrollen wird. Ein historischer, verhängnisvoller Augenblick, in dem doch nur die Deutschen, als die Starken, ausschlaggebend und aufbauend sein können...

Wir sind von der Notwendigkeit der deutsch-polnischen Verständigung so tief überzeugt, daß wir dieser Idee Zeit, Arbeit und manches Opfer gebracht haben. Wir sind bis zum heutigen Tage überzeugt, daß — wie mehrmals gesagt wurde — diese Verständigung notwendig, also auch möglich ist. Jetzt kommen die letzten Stunden der Prüfung. Möge der Geist der Vernunft und der Gerechtigkeit, oder — wenn man will — der Real-, d. i. der psychologischen Politik die Oberhand gewinnen!

Die bekannte Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, wonach in der Chełmer Frage nicht die deutsche Regierung die Führung in der Hand hatte, hat zur Klärung der Lage seitens der Regierung manches beigetragen; jetzt haben die deutschen Volksvertreter das Wort.

Das polnische Regierungsblatt über den Vertrag von Brest.

Das aufs neue in Warschau erscheinende Amtsblatt der polnischen Regierung „Monitor Polski“ beschäftigt sich in Nr. 9 vom 26. Februar d. J. auch mit dem Vertrag von Brest und schreibt dabei folgendes:

„Der von dem österreichischen Ministerpräsidenten, Dr. Seidler, bekanntgegebene Kommentar zu Punkt 3 des Vertrages von Brest will die strittige Frage derjenigen Landesteile des Königreichs Polen, auf die die Ukraina Ansprüche erhebt, nach ethnographischen Grundsätzen und entsprechend der „Bevölkerungswünsche“ lösen, mit anderen Worten also wohl durch ein Referendum, in dem der wirkliche Wille der Bewohner von Chełm und Podlasie zum Ausdruck kommen soll. Von polnischer Seite wurde der Gedanke einer solchen Volksabstimmung ohne grundsätzliche Einwände akzeptiert,

wenn auch die dem heute noch ein Nebel bildenden ukrainischen Staate auf Kosten des bereits vollständig konsolidierten Polentums gemachten Konzessionen uns ebenso unerklärlich wie politisch überflüssig erscheinen. Hiervon abgesehen ist Polen aber seiner Sache sicher, und diese Probe dürfte unseren durch Jahrhunderte lange Anstrengungen gefestigten Bodenbesitz in den durch den Brester Vertrag für strittig erklärten Gebieten nicht schrecken. Was also die „Wünsche der Bevölkerung" und das Resultat derselben anbetrifft, dürfen wir beruhigt sein. Diese Abstimmung kann nur zu unseren Gunsten ausfallen..... Allerdings müßten gewisse unumgängliche Bedingungen, die mit dem Grundsatz der Volksabstimmung untrennbar verbunden sind, eingehalten werden. Diese Bedingungen bestehen darin, daß auf dem fraglichen Gebiet keine künstliche demagogische Agitation zugelassen und die Möglichkeit gewährt wird, die Bevölkerung zuvor durch entsprechende sachliche politische Darlegungen aufzuklären.

Das klassische Land der Volksabstimmung ist die Schweiz. Dort werden in den sogenannten alten Kantonen bis zum heutigen Tage alle wichtigeren Fragen durch eine allgemeine Volksabstimmung entschieden, die auf klar formulierte Fragen eine kurze grundsätzliche Antwort geben. Aber eben diese Aufstellung dieser Fragen und ihre Beleuchtung ist eine ungemein wichtige Angelegenheit, die man weder dem Zufall noch desto weniger einem bösen fremden Willen überlassen kann. Der schweizerische Landmann in Uri und Schwyz ist kulturell und politisch ziemlich orientiert, trotzdem verlangt niemand von ihm ohne zuvorige Vorbereitung eine grundsätzliche Entscheidung über die den Inhalt des Referendums bildenden Fragen. Das Gleiche müßte auch in Podlachien und im Chełmer Land stattfinden. Deshalb kann nicht allein die beabsichtigte Volksabstimmung, sondern auch die vorhergehende Verständigung der Bevölkerung nur in ganz normalen Verhältnissen stattfinden, die die bürgerlichen Rechte nicht behindern. Wir können es uns also kaum vorstellen, daß das Referendum, das in unserer gegenwärtigen Streitfrage mit der Ukraina entscheiden soll, anders gedacht

werden kann, wie nach Beseitigung der Okkupation oder wenigstens bei ihrer Begrenzung auf die rein militärischen Notwendigkeiten. Diese Bedingungen sind vorderhand aber noch nicht da. Und das entscheidet im gegebenen Augenblick.

Unmöglich wäre z. B. zur jetzigen Zeit eine irgendwie geartete politische Aktion in Podlachien. Es bildet ein sogenanntes Etappengebiet, und die Kreise Konstantynow, Biała, Włodawa und Radzyń leben seit längerer Zeit unter einem rein militärischen Regime, das aber keineswegs eine angestrengte ukrainische Propaganda ausschließt. Bevor es also zu einer Volksabstimmung kommt, müssen diese Verhältnisse zunächst geändert werden, und diese Aenderung wäre die erste Konsequenz, die sich aus der Absicht ergibt, die endgültige Entschließung über die das Schicksal des Chełmer Landes entscheidende Volksabstimmung loyal auszuführen. Die Sache ist ungemein wichtig, denn wie uns berichtet wird, ist dort die Arbeit der ukrainischen Agitatoren in der Zunahme begriffen.

Der Aphorismus des Herrn Fehrenbach.

Der „Kurjer Warszawski“ bringt folgenden Aufsatz:

Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach hat seine Philippika im Deutschen Reichstag gegen die Polen mit den folgenden Worten abgeschlossen:

„Wir wissen aus Erfahrung, daß erregte Naturen sich ebenso schnell beruhigen, wie sie explodieren.“

Das sollte bedeuten, daß der Abgeordnete Fehrenbach erwartet, daß der Eindruck in Polen infolge der Chełmer Frage bald vorübergehen wird, ohne tiefere Spuren zu hinterlassen.

Die obige Redensart zeugt aber davon, daß Herr Fehrenbach weder das polnische Volk noch die Geschichte der polnischen Frage kennt, insbesondere kennt er nicht die Geschichte des vierzigjährigen Streites um das Chełmer Land.

Es kann sein, daß die leichte Erregbarkeit eine nationale charakteristische Eigenschaft unseres Volkes ist, aber sie hat

nichts Gemeinsames mit einem Strohfeuer. Nach jeder Explosion erfolgte nur eine Aenderung der Taktik — nichts mehr und nichts weniger. Es gab in unserer Geschichte nach den Teilungen keinen einzigen Augenblick, in dem aus dem Schoße der Nation irgendwelche Losungen der Resignation stärker erklungen wären. Es gibt in deutscher Sprache eine kurze Broschüre über das Königreich Polen, in deren Einleitung folgendes zu lesen ist: „Dieses (polnische) Volk ließ sich mit beispielloser Leichtigkeit zerteilen, aber es hat dann in der Folge mit beispielloser Ausdauer die Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit angestrebt.“ Das eben ist die Wahrheit. Und als im Laufe der Zeiten sich die Kampfesmethoden geändert haben, und ihre sachlichen Grundlagen sich verbreiterten, erschienen auf der Bildfläche die Ślimak und Drzymała (zwei Namen, die den polnischen Bauernstand verkörpern. Die Red.). Gestern noch kämpfte in manchen Teilen des ehemaligen polnischen Staates für die nationalen Rechte ausschließlich der Adel und die städtische Intelligenz. Heute gibt es nirgends eine nationale Politik ohne Teilnahme des Volkes, und dieses Volk erteilt dieser Politik eben denjenigen Stempel, der von den Ultraverständigungspolitikern als radikal bezeichnet wird. Die Adelstraditionen, die Kämpfe um Polen, gehen ohne Veränderung in die Hände der breiten Volksmassen über, mit dem Unterschied nur, der zwischen dem Temperament der geistigen Arbeiter und demjenigen der körperlichen Arbeiter besteht.

Wenn die Zeichen am Himmel nicht trügen und wenn die Welt wirklich die entschieden demokratische Bahn betritt, so bedeutet das in den Nationalitätenkämpfen ein noch stärkeres, allgemeineres und mehr ausdauerndes Beharren bei den nationalen Rechten. Es wird in der Welt keinen Dauerfrieden geben, solange es nicht auf diesem Gebiete zu einer Verständigung und Wiedergutmachung kommt.

Früher pflegte man bei uns zu sagen:

„Wenn doch unser Volk nicht so gleichgültig gegen seine nationalen Rechte wäre....“

Heute erleben wir Zeiten, wo das Volk den oberen Schichten vorwerfen kann, daß sie zu wenig Standhaftigkeit

und Kraft bei der Verteidigung der vaterländischen Interessen zeigen. Und dieses Volk wird sich sicherlich weder durch momentane Widrigkeiten oder durch die Ankündigung neuer schwerer Prüfungen und Erfahrungen abschrecken lassen. Wenn die erwähnten oberen Schichten diese demokratische Strömung, die dem tiefsten Wesen der Demokratie entspricht, nicht begreifen werden, wenn sie zu der breiten Volksmasse kein größeres Vertrauen fassen werden, so wird die weitere Entwicklung sie von der natürlichen Führerstellung verdrängen.

Es gibt keine Möglichkeit, die die Annahme oder Erwartung zuläßt, daß Grad und Stärke des polnischen Kampfes um das nationale Recht eine Abschwächung erleiden wird oder daß dieser Kampf durch irgendwelche Kompromisse ersetzt werden kann.

Was nun besonders das Chełmer Land anbetrifft, so ist dies gerade der klassische Boden eines reinen Volkskampfes um den nationalen Charakter des Landes. Vierzig Jahre hindurch war dieses Land der Schauplatz einer grausamsten Verfolgung des polnischen Gedankens und der polnischen Gefühle unter dem Deckmantel der Verfolgung des Katholizismus. Es wurde in der Kirche, Schule und in den Aemtern gekämpft; an der galizischen Grenze wurde auf die von der Beichte heimkehrenden Leute wie auf wilde Tiere geschossen. Die Bauernbank entriß den Boden, die Bauernkommissare wiegelten zu sozialen Gegensätzen auf. Die Luft war Jahrzehnte hindurch mit Unheil geschwängert. Anderswo würde das Volk einem solchen Druck nicht standgehalten haben und würde ausgewandert sein. So hat sich doch Irland im vergangenen Jahrhundert unter dem Einfluß der antinationalen Bodegesetze entvölkert. Aber das polnische Volk von Chełm hat es überdauert, und während des Krieges hat es mehr autochtonen Bodenzusammenhang gezeigt, wie die griechisch-orthodoxe Minderheit, denn es ist fast gar nicht mit den russischen Heeren geflüchtet.

Diese Tatsache aus dem Chełmer Nationalitätenkampf müßte für Herrn Fehrenbach belehrender sein, wenn er sich über polnische Fragen aus polnischen Quellen informieren

würde. Allein dieser deutsche Jurist glaubt sich über polnische Fragen aus den Quellen der, nach seiner Ansicht „Todfeinde“ der Polen, der Ruthenen und Litauer, informieren zu müssen! Kann er auch, aber dann darf er natürlich nicht erwarten, daß sein Urteil unbefangen sein soll. — Uebrigens kann Herr Fehrenbach auch bei sich und in seiner Nähe Vergleiche anstellen.

Wir schreiben unserem Volke weder besondere Befähigung noch das ausgeprägte Streben nach dem Verteidigen seiner nationalen Rechte zu. Wir meinen, daß jedes irgendwie zivilisierte Volk seine nationale Pflicht versteht und bereit ist, dafür die größten Opfer zu bringen. Wir würden es deshalb auch nicht wagen, die nationalen Manifestationen, die der Ausdruck unserer beleidigten vaterländischen Interessen sind, als vorübergehenden Stimmungsausbruch zu charakterisieren. Im Gegenteil, wir würden uns hüten, solche leichtsinnigen Urteile auszusprechen.

Eine Antwort an Prof. Penck.

Im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages hat zu der Chełmer Frage der Rektor der Berliner Universität, Prof. Penck, das Wort genommen — als Sachverständiger. Wie bekannt, vertrat er die Ansicht, daß die vom Königreich Polen abgetrennten Gebiete, das Chełmer Land und Podlachien, ruthenisch seien.

Die Warschauer Presse antwortet Herrn Prof. Penck darauf folgendes:

„Wir können Prof. Penck zunächst die Bevölkerungsstatistik vorlegen, die zu verschiedenen Zeiten durch russische Beamte angefertigt wurde, die den Auftrag hatten, um jeden Preis Russen im Chełmer Land festzustellen. Aber Herr Prof. Penck, der Geograph der Berliner Universität, antwortet darauf: „Die russische Statistik verdient kein Vertrauen.“ Wir können ihm weiter die Geschichte dieses Landes seit dem 11. Jahrhundert vorlegen. Acht Jahrhunderte gemeinsamen Lebens des Chełmer Landes mit Polen ist doch

ein Zeitabschnitt, auf den so manches deutsche Land in seinem Verhältnis zum Deutschen Reiche nicht hinweisen kann. Aber Prof. Penck wird hierzu sagen: „Die Geschichte darf hier keine Rolle spielen.“

Also auch die Geschichte fällt weg.

Ueber rein politische Rücksichten spricht man schon nicht offen in ernsten politischen Körperschaften.

Auf diese Weise haben die Hörer des Prof. Penck kein Kriterium für die Beurteilung der sogen. Chełmer Frage. Es bleibt die Willkür. Das sind die Folgen der Berufung eines gelehrten Geographen zur Rat- und Gutachtenerteilung, zur Unterstützung der politischen Arbeit.

Soweit wir in Frage kommen, wären wir in der Lage, den Herrn Professor mit noch einem weiteren Dokument bekannt zu machen, das gewiß wegen seiner Herkunft Beachtung verdienen muß. Es ist dies das: „Journal des Allerhöchst am 14. März 1902 bestätigten besonderen Rates in Sachen der Gründung des Gouvernements Chełm“. An diesen Beratungen haben teilgenommen: Der Oberprokureur des Heiligsten Synods, Podjedonostzew, als Vorsitzender, sowie der Warschauer Generalgouverneur Czertkow, der Kriegsminister Kuropatkin, der Finanzminister Witte, der Justizminister Murawjew und der Minister des Innern Sipjagin. Eine passender gewählte Zusammensetzung polnischer Feinde läßt sich wohl schwer denken.

Wir lassen hier einige Fragmente aus diesem Meinungsaustausch der Vertreter der zarischen, selbstherrlichen und nationalistischen Regierung folgen:

Der Vorsitzende Pobjedonostzew brachte die Argumente der Warschauer Generalgouverneure gegen die Bildung eines Gouvernements Chełm in Erinnerung, nämlich „daß die angestrebte Vereinigung (mit Rußland) in der Praxis nicht erreicht werden kann wegen der ethnographisch gemischten Bevölkerung des projektierten Gouvernements, in Anbetracht des Uebergewichts der andersgläubigen und andersstämmigen Bevölkerung (62%) über der russischen und orthodoxen Bevölkerung (38%)“; sodann

lesen wir nach verschiedenen militärischen Argumenten folgendes: „Schließlich würde in Anbetracht der grundsätzlichen Verschiedenheit in rechtlicher und administrativer Hinsicht zwischen dem projektierten Gouvernement Chełm und den angrenzenden westrussischen Gouvernements die Aussonderung des Gouvernements Chełm aus dem Generalgouvernement Warschau bei Aufrechterhaltung aller dieser Verschiedenheiten keinen positiven Nutzen bringen, während ihre Aufhebung durch ein Gesetz ein zu großer Gewaltakt wäre, der die Bevölkerung belasten und auf die Gemüter der dortigen polnischen Einwohner einen niederdrückenden Eindruck ausüben würde, als ein Mittel zur Russifizierung eines Teils der polnischen Bevölkerung.“

Der Minister des Innern, Sipjagin, meinte, daß die Bildung eines Gouvernements Chełm allein für sich keine Bedeutung haben würde. Man müßte weitergehen und den Polen die Erwerbung von Grund und Boden verbieten, sie vielleicht zwangsweise aussiedeln, die Kirchen schließen usw. Ohne Anwendung aller unumgänglichen Russifizierungsmittel, die an und für sich schwer und gewalttätig sein müssen, weil sie verbunden sind mit der grundsätzlichen Brechung der eingewurzelten Lebensbedingungen, würde die Bildung des Gouvernements allein einen rein äußeren formalen Charakter haben.

Der Kriegsminister Kuropatkin stellte den Wert des Projektes vom militärischen Standpunkt in Frage. Die gewalttätigen Mittel, von denen Sipjagin sprach, müßten die Folgen der Bildung dieses neuen Gouvernements sein. „Die aus solchen Gewaltmitteln sich stets ergebenden wirtschaftlichen Erschütterungen der eingewurzelten Zustände und die Beunruhigung der Bevölkerung wird lediglich die an sich schon schwierige Aufgabe der Militärverwaltung erschweren, besonders für den Fall politischer Konflikte, und das nicht allein innerhalb der Grenzen des neuen Gouvernements, sondern auf dem ganzen Umfang des Königreichs Polen.“ Der Generalgouverneur Czertkow, ein strenger und rücksichtsloser Mann, hat alle diese und noch andere Argumente unterstützt und die Bitte ausgesprochen, „doch Schluß

zu machen mit allen Gerüchten, die mit dem Projekt des neuen Gouvernements verbunden sind“.

Kein einziger dieser Redner hat gegen die Anwendung neuer Russifizierungsmittel Widerspruch eingelegt, aber auch kein einziger hat behauptet, daß das Chełmer Land russisch sei. Im Gegenteil, wir lesen im Journal: „Die russische und griechisch-orthodoxe Bevölkerung bildet weniger wie die Hälfte der Gesamtbevölkerung dieser Kreise; russische Bürger sind nicht vertreten, mit Ausnahme einiger Majoratsbesitzer; Polen und Katholiken nehmen alle einflußreichen Positionen ein.“

Dieser russische Ministerrat gelangte schließlich zur Ueberzeugung, „daß das Ganze dieser Mittel (die von Sipjagin als Gewaltmittel charakterisiert wurden), die zur Brechung der durch Jahrhunderte eingewurzelten Lebensbedingungen führen würden, unmöglich ohne Einfluß auf die Herabminderung des wirtschaftlichen Wohlstandes des Landes bleiben müßten und daß sie auch sein kulturelles Niveau herabsetzen würden“. Weiter noch in Betracht ziehend, daß „die polnische Bevölkerung hinter dem Bug (oder des Chełmer Landes) durch Bande des Blutes, der Religion und durch wirtschaftliche Bande mit den Polen der anderen Gouvernements des Königreichs Polen verbunden ist“, hat der Ministerrat das Projekt der Bildung eines Chełmer Gouvernements abgelehnt und nur dem Generalgouverneur aufgetragen, „weitere notwendigen Mittel ausfindig zu machen, die die russische Bevölkerung dieses Teiles des Weichsellandes vor dem katholisch-polnischen Einfluß schützen sollen“.

Wer von uns hätte wohl früher so viel Phantasie gehabt, daß eine Zeit kommen wird, wo wir die Argumente der in der russifikatorischen Arbeit ergrauten russischen Staatsmänner, die durch den alle Mittel heiligenden Pobjedonostzew geführt wurden, einem sich als Sachverständiger in der Chełmer Frage gebärdenden deutschen Gelehrten gegenüberstellen werden!

Konferenzen der Polenführer mit ungarischen Politikern.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 2. März.

Graf Julius Andrassy äußert sich heute im „Deli Hirlap“ über seine Besprechungen mit einer Reihe polnischer Politiker, die sich in Budapest aufgehalten haben. „Jedermann weiß,“ sagt Graf Andrassy, „daß ich seit jeher eine solche Lösung der polnischen Frage urgiert habe, welche die Polen unter Aufrechterhaltung ihrer Staatlichkeit uns angliedert. Fürst Radziwiłł, der diese Auffassung kennt, hat mich deshalb aufgesucht und mit mir über die gegenwärtige Lage gesprochen, die leider sehr schwierig und verworren ist. Ich will heute nicht mehr mitteilen und kann nur sagen, daß ich unverändert auf dem alten Standpunkt stehe und die Auffassung hege, daß die Befriedigung der polnischen Nation im Interesse der Monarchie und des Ungartums notwendig ist.“

Magnatenhausmitglied Albert v. Berzeviczy, der gleichfalls von den hier anwesenden Polen aufgesucht wurde, führt in dem genannten Blatte aus: „In den letzten Tagen sprachen mehrere polnische Politiker bei mir vor, zuerst Fürst Lubomirski, denn Ritter v. Bilinski, Graf Adam Ronikier, Fürst Radziwiłł und Stadtrat Simon. Alle wandten sich an mich als den Präsidenten des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation, um mich über gewisse Fragen zu informieren. Unsere Verhandlungen hatten bloß einen informativen Charakter. Wir haben uns gegenseitig informiert. Sie haben über die Wünsche der politischen Kreise Polens, über einzelne Gravamina gesprochen, ich darüber, wie wir ihnen helfen könnten. Später drehte sich die Unterhaltung um konkrete Angelegenheiten des künftigen polnischen Staates. Diese Besprechung ist jedoch solcher Natur, daß ich derzeit nichts Näheres darüber mitteilen kann. Die polnischen Herren begegneten bei uns überall den vollsten Sympathien, was als eine sichere Verheißung eines künftigen harmonischen Zusammenwirkens betrachtet werden kann.“

Das neue polnische Kabinett.

Der Regentschaftsrat hat den bisherigen Minister für Kultus- und Unterrichtswesen, Herrn Ponikowski, beauftragt, ein neues Ministerkabinett zu bilden.

Das provisorische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Herr Ponikowski — Chef der Regierung und Minister für Kultus- und Unterrichtswesen; seiner Leitung untersteht auch das politische Departement, dessen Direktor Herr Wł. Wróblewski, der bisherige Vorstand der Kanzlei des Ministerpräsidenten, sein wird.

Herr Stefan Dziewulski — Minister des Innern.

Herr Antoni Wieniawski, der bisherige Vizeminister des Schatzes — Minister des Schatzes und Minister für Handel und Industrie.

Herr Janicki — Minister für Landwirtschaft und Ernährungswesen.

Herr Makowski — Justizminister.

Herr Antoni Koczorowski — Minister für Handel und Industrie sowie für Arbeiterschutz und soziale Fürsorge. (Inzwischen verstorben. — Siehe Notiz in der vorliegenden Nummer der „Poln. Blätter".)

Von den Ministern des früheren Kabinetts treten demnach zurück: der Ministerpräsident Kucharzewski, der Minister der Schatzes Jan Steczkowski, der Minister für Landwirtschaft Mikułowski-Pomorski, der Minister des Inneren Jan Stecki, der Minister für Ernährungswesen Stefan Przanowski, der Minister für Handel und Andustrie Żagleniczny, der Justizminister Bukowiecki und der Minister für Arbeiterschutzwesen Staniszewski.

In den Regierungskreisen herrscht die Ansicht vor, daß das neue Kabinett nur eine kurze Amtsdauer haben wird und daß es bald gelingen werde, ein ständiges Ministerkabinett mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze zu bilden.

Der Regentschaftsrat hat das provisorische Kabinett des Herrn Ponikowski bestätigt.

Aus dem Chelmer Lande.

Im Chełmer Lande entsteht eine Organisation, deren Zweck die Vertretung und Verteidigung der nationalen Interessen in den einzelnen Orten dieses Landes ist, dem, wie bekannt, die Abtrennung von Polen droht. Es werden dies Abordnungen sein, die von den Vertretern der einzelnen Gemeinden und Kreise gebildet werden. Der Gedanke ist elementar entstanden und hat allgemeine Aufnahme gefunden. Unter seinen Anhängern befinden sich Vertreter aller Schichten und Stände, und die Abordnungen werden tatsächlich ein Spiegelbild der allgemeinen Meinung geben und wirksam gegen die in Brest gegen Polen beabsichtigte Gewalttat auftreten.

Eine wichtige Aktion hat der Verband Landwirtschaftlicher Genossenschaften im Kreise Biłgoraj unternommen. Er hat im Kreise Tomaszow 630 Morgen Land angekauft, um sie unter die landlose Bevölkerung zu parzellieren. Der Kaufpreis betrug 434 bis 485 Rubel für den Morgen.

Aus dem ganzen Chełmer Lande kommen Nachrichten, daß die Bevölkerung einmütig gegen die beabsichtigte Abtrennung von Polen protestiert.

Eine Volksversammlung der Gemeinde Stawy hat folgende Resolution beschlossen: „Wir Einwohner der Gemeinde Stawy legen vor dem ganzen Polen für die uns zugefügte Gewalttat Protest ein und schwören bei den Wunden, Tränen und Leiden aller polnischen Gefangenen und Verbannten, bei dem vergossenen Blut aller in dem jahrhundertlangen Kampfe für den Glauben und die Freiheit gefallenen Soldaten, daß wir unseren heiligen Glauben und das mit dem Blut unserer Väter und Ahnen getränkte Land bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werden. So wahr uns Gott helfe.“

Eine Resolution der Gemeinde Krzywiczki vom 15. Februar d. J. besagt:

„Wir stellen vor der ganzen Welt fest: 1. daß das Chełmer Land in der überwältigenden Mehrzahl von Polen bewohnt wird, daß es mit polnischem Blut, dem Blut der „Ketzer“ getränkt ist, daß es polnisch war und polnisch sein wird; 2. den in Brest-Litowsk auf Kosten Polens ge-

schlossenen Vertrag, zu dem die Vertreter der polnischen Nation nicht hinzugezogen waren, erkennen wir nicht an; 3. wir geloben, alle Mittel anzuwenden, damit das Land unserer Väter nicht irgendeinem fremden Staate ausgeliefert wird; 4. wir betrachten die Okkupanten als nicht berechtigt, über unser Land zu verfügen und geloben, die Freiheit und Unversehrtheit des Vaterlandes zähe zu verteidigen.“

Ein weiterer Protest aus dem Gouvernement Siedlce klingt folgendermaßen:

„Wir Endesunterzeichneten, Bewohner der Ortschaften Zulinek, Wólka Komorowska, Prugaliny Wielkie, Komarowka, im Kreise Radzyń des Landes Siedlce protestieren feierlichst gegen unsere Abtrennung von dem Körper Polens und gewaltsame Einfügung in den Rahmen der ukrainischen Republik. Wir stellen fest, daß es in unserer Gegend keine Ukrainer gibt und nie gegeben hat; unsere Bevölkerung ist polnisch und katholisch.

„Wir werden nie einwilligen, daß die Zentralmächte oder sonst jemand Unberufener über uns ohne unsere Beteiligung und Einverständnis verfüge. Wir fordern aufs allerentschiedenste eine Volksabstimmung der der Ukraina angegliederten Kreise. Gleichzeitig erklären wir, daß wir die Unversehrtheit unseres Vaterlandes mit allen zulässigen Mitteln bis zum letzten Atemzuge verteidigen werden. Es lebe das freie, geeinte und unabhängige Polen!“

Der ehemalige Dumaabgeordnete, der Bauer Błyskosz aus Podlachien, veröffentlicht in der Presse folgendes Schreiben:

„Ein neuer Blitzstrahl hat unser so geliebtes und zugleich unglückliches Land Chełm und Podlachien getroffen. So viele Jahre der Verfolgungen auf religiös-nationaler Grundlage haben wir von den Moskowitern durchgemacht, daß es uns schien, daß wir nach dieser Kriegskatastrophe, mit unserem geliebten polnischen Vaterland vereint, Freiheit und Glück genießen werden. Aber das ist nicht wahr.

Daher protestieren wir Podlachier auf das allerentschiedenste gegen die Abtrennung unseres Landes Podlachien und Chełm von dem polnischen Mutterland.

Wir wollen keinem anderen Staat angehören wie Polen!

Wir appellieren an die ganze zivilisierte Welt und bitten um Rettung.

Wir appellieren an den Heiligen Vater und bitten, für uns einzutreten. Wir erinnern den Heiligen Vater an die Abordnung aus Podlachien und Chełm an den Papst Pius X. im Jahre 1904, die über die Verfolgung durch das Orthodoxentum Klage geführt hat.

Wir erinnern den Heiligen Vater an Drelów, Pratulin, Dembowa in Podlachien, wo es im Jahre 1875 Tote gegeben hat bei Verteidigung der katholischen Kirche.

Der ganzen polnischen Nation entbieten wir aus Podlachien aus tiefstem Herzen unser „Gott vergelts" dafür, daß es uns, die Unglücklichsten der Unglücklichen, verteidigt.

Sämtliche polnischen Zeitungen werden gebeten, diesen Protest nachzudrucken.

Namens des ganzen podlachischen Volkes: „der Bauer J. Błyskosz."

Infolge der versuchten Abtrennung des Chełmer Landes und Podlachiens von Polen haben sich die dortigen national gesinnten Kreise, die sich bisher der kulturell-aufklärenden Tätigkeit gewidmet hatten, zu einer Organisation „Wacht in den Marken" zusammengeschlossen, die sich zum Ziel setzt, den polnischen Besitzstand dort zu verteidigen und für die Angliederung dieser Länder an Polen einzutreten. Die neue Organisation wird ferner für die Interessen der polnischen Staatlichkeit in diesen Ländern eintreten und alles was dort polnisch ist, gegen die Angriffe und Intrigen fremder Völker und Staaten verteidigen, also den polnischen Besitzstand, die katholische Kirche, die polnischen Institutionen, die autonomen, kulturellen und Schuleinrichtungen usw. Alles, was den polnischen Charakter wirtschaftlich erhöht und moralisch festigt, findet die Unterstützung der „Wacht in den Marken". —

Eine polnische Note an die Ukrainer. Wie es jetzt bekannt wird, hat die polnische Regierung noch vor der inzwischen vorgenommenen Aenderung des § 2 des Vertrages von Brest an die Vertreter der Ukraina in Sachen des Chełmer Landes eine Note gerichtet.

In der Note wird auf die große Empörung hingewiesen, die infolge der Abtrennung dieses von überwiegend polnischer Bevölkerung bewohnten Teiles des Königreichs Polen in Polen entstanden ist und der Wunsch der ganzen polnischen Nation zum Ausdruck gebracht, mit der Ukraina in Friede und Eintracht zusammen zu leben; die Note bringt eine unmittelbare Verständigung über diese Frage zwischen dem neuen Staat und der polnischen Regierung in Vorschlag.

Heilige Wölfinnen.

(Schluß.)

Tödliche Stille verbreitete sich, niemand wagte sich zu bewegen, alle waren wie gelähmt; aber als scheinbar alles verloren war, schrien die Herzen der Mütter: sie sammelten die Kinder, umkleideten sie in größter Eile, und so wie jede dastand, barfuß und im Hemd, enthuschten sie unbemerkt in die Gärten, dann hinter die Scheunen, ins Feld und verschwanden in der Dämmerung und in den zusammengeballten Morgennebeln.

Militär besetzte das Dorf, und ein Befehl wurde erlassen, daß alle Frauen mit den Kindern vor der Kirche zusammenkommen sollen. Natürlich erschien keine einzige; sie waren schon im sicheren Gewahrsam.

„Wo sind sie hin?“ fragten drohend die Soldaten und suchten Haus auf Haus ab.

Die Bauern schwiegen; es war nicht möglich, ihnen einen Laut herauszupressen.

„Wir werden warten, bis sie wiederkehren!“ sagte der Führer, und das Militär nahm Quartier in den Hütten.

Erst später merkten sie an den Spuren, wohin die Frauen geflüchtet waren; der Wald wurde umstellt durch Patrouillen, die Verbindung mit dem Dorf abgeschnitten, und streng wurde aufgepaßt, daß niemand ihnen Lebensmittel zutragen konnte.

Sie waren überzeugt, daß der Hunger und die Kälte sie heraustreiben wird.

Aber es vergingen ein, zwei, drei Tage — sie kehrten nicht zurück.

Der Wald stand schwarz, riesig, unermeßlich da, und entlang seiner hohen, steilen Wände blitzten dicht verteilt Bajonette.

Der Frühling war in diesem Jahre merkwürdig naß, kalt und windig; täglich zogen unendliche Schneewehen daher, täglich fielen die Winde mit wildem, erbosten Heulen auf das Dorf, rollten über die Felder dahin und schlugen gegen die Wälder, die sich so verzweifelt wehrten und so durchdringend heulten, daß es den Menschen schien, als hätten sie in diesem schauervollen Pfeifen die schmerzerfüllte Klage der Mütter, das Weinen der Kinder und selbst das bluterstarrende Rufen der Sterbenden.

Es verging die zweite Woche, sie kehrten nicht zurück!

Die Tage wurden unaussprechlich widrig, zogen sich lange und schwerfällig dahin, tropften wie vom Weh brennende Tränen. Es war die Zeit der Frühlingsarbeiten, die Fluren schrien nach Pflug und Samen, aber keinem stand der Kopf nach Arbeit, wo die Sorge jeden Gedanken und jede Kraft zur Neige trank! Selbst der Schlaf brachte keine Erfrischung, denn die Nächte vergingen in aufgeregter Erwartung, und wo nur der Wind am Fenster rührte, schien es jedem, daß an der Wand jemand entlang huscht, daß jemand klopft, jemand kommt.

Es verging die dritte Woche, sie kehrten nicht zurück!

Die Welt wurde etwas heller, und gegen Ende April kamen schon wärmere und sonnigere Tage; Gras brach durch, die Wintersaat zeigte sich, die Bäume schlugen aus, das Entenvolk belebte die Wiesen, die Vogelwelt begann zu rufen in den Gärten und Dickichten, morgens schnatterten die Störche, und die Lerchen sangen ganze Tage lang unter dem klaren, hellen Himmel, der Frühling zog durch die Welt und sang immer mächtiger seine unsterbliche Hymne —, aber die von den unaufhörlichen, bitteren Tränen vereiterten Augen sahen ihn nicht, die von Qual erfüllten Seelen fühlten ihn nicht, und er war nicht in den Hütten, die nur mit Weinen, Trauer und trostlosem Schmerz erfüllt waren.

Es verging die vierte Woche, sie kehrten nicht zurück!

Die Menschen taumelten wie Schatten, ausgetrocknet vor Fieber, und das Dorf wurde zu einem unaufhörlichen Sterbegesang; täglich wurden am Abend in jeder Hütte Weihkerzen angezündet und Sterbegebete gesprochen und lang durch die Nacht hin schlug gegen den sternenbesäten Himmel herzliches Weinen, schlug flehendes Bitten, schlugen Seufzer, von Glaube, Hingabe und Vertrauen erfüllt. . . .

Es verging die fünfte Woche, sie kehrten nicht zurück!

Das Dorf wurde fast wahnsinnig, viele stürzten sich einfach in die aufgepflanzten Bajonette und versuchten, in den Wald einzudringen, sie wollten lieber sterben, wie diese fürchterliche Ungewißheit ertragen; aber keinem gelang es, diesen eisernen Ring zu durchbrechen, und sie kehrten noch trauriger und verängstigter zurück.

Es verging die sechste Woche — sie waren nicht zurückgekehrt!

Zuletzt bekam auch das Militär dieses Warten satt und marschierte aus Hrudy ab.

Jetzt stürzte das ganze Dorf, wie ein Mann, mit Ungestüm in die Wälder; aber sie waren noch nicht darin, als aus den dämmerigen Tiefen Schattengestalten auftauchten; sie wandelten gebückt, auf Stöcke gestützt, fast nackt, elend, mit zerzausten Haaren, geschwärzt, Skeletten gleich, aber freudig wie die Sonne, wie der Frühling, triumphierend, und, wie das Leben selbst, unbesiegbar!...

Sie hatten Hunger, Angst, Einsamkeit, Kälte und Krankheiten überwunden; sie hatten den Tod selbst überwunden und die Kinder gerettet, und nun kehrten wieder diese großen, diese heldenhaften, diese heiligen Seelen an die häusliche Schwelle zurück, zur Alltagsarbeit und zum Alltagskampf.

Ins Deutsche übertragen von L. K. Fiedler.

Dieses Bild aus dem Leben wurde einem Novellenband des berühmten Dichters entnommen, der unter dem Titel „Aus dem Chełmer Lande“ demnächst erscheinen wird. Die Uebersetzung besorgt Herr J. P. Ardeschah, der bereits als meisterhafter Uebersetzer des Romans „Polnische Bauern“ von Reymont bekannt geworden ist.

NOTIZEN.

Politisches.

Zum Streit um das Chelmer Land. Die „Kölnische Zeitung“ meldet am 26. Februar aus Berlin: Bekanntlich haben die verbündeten Mächte Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraina gemeinsam geführt und auch den Friedensvertrag mit der ukrainischen Republik gemeinsam abgeschlossen. Wenn daher Deutschland auch die volle Mitverantwortung für den Friedensvertrag übernimmt, so muß doch, um etwaigen Mißdeutungen vorzubeugen, festgestellt werden, daß es in der Frage der Abgrenzung der Ukraina, insbesondere was die Zukunft des Chełmer Landes anbetrifft, irgendeinen Druck auf die hieran in erster Linie interessierte österreichisch-ungarische Monarchie nicht ausgeübt hat.

* * *

Das Zentrum und die Polen. Eine Berliner Korrespondenz will wissen, daß die maßlosen Ansprüche der Polen, die durch die polnische Reichstagsfraktion vertreten wurden, zum Bruche mit dem Zentrum geführt haben sollen. Die Zentrumsfraktion denke nicht mehr daran, die ungerechtfertigen Wünsche der Polen in irgendeiner Weise zu unterstützen. Dazu wäre zu bemerken, daß es dem Zentrum niemals eingefallen ist, „ungerechtfertigte Wünsche“ der Polen zu unterstützen; es denkt aber auch heute nicht daran, sich durch die Ausfälle und Entgleisungen einiger polnischer Abgeordneten von seinem grundsätzlichen Standpunkt abbringen zu lassen. Berechtigte Forderungen der Polen werden nach wie vor die Unterstützung des Zentrums finden, und nach wie vor wird das Zentrum ungerechtfertigte Bestrebungen der Polen mit allem Nachdruck bekämpfen.

* * *

Die Zukunft Litauens. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Die Nachricht, daß das Königreich Sachsen im Bundesrat einen Antrag auf engere Verbindung Litauens mit dem Königreich Sachsen gestellt hat, ist unzutreffend. Die Erwägungen über die Zukunft Litauens sind an den zuständigen Stellen noch in der Schwebe. Sollte im weiteren Verlauf dieser Erwägungen eine engere Verbindung Litauens mit dem Königreich Sachsen im Interesse der Reichspolitik und des litauischen Staates liegen, und ein entsprechender Vorschlag an die königliche Staatsregierung gelangen, so würde die Regierung zu prüfen haben, ob die aus einer solchen Verbindung für das Königreich Sachsen entstehenden Opfer zum Wohle des Reiches zu bringen sind.

* * *

† **Antoni Koczorowski.** Am 27. Februar starb in Warschau plötzlich infolge eines Herzschlages der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie, Antoni Koczorowski. Der Verstorbene war Mitglied des ehemaligen provisorischen polnischen Staatsrates und Vizedirektor des Departements für Volkswirtschaft. Nach dem Tode von Włodzimierz Kunowski übernahm er auch die Leitung des Departements für Arbeiterwesen.

Nach Auflösung des provisorischen Staatsrates wurde der Verstorbene Mitglied der Uebergangskommission. In dem Kabinett Kucharzewski war er Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie und zugleich erster Sektionschef des Ministeriums. Als das Kabinett Kucharzewski zurücktrat, wurde Antoni Koczorowski zum Leiter des Ministeriums für Handel und Industrie berufen. Sein plötzlicher Tod hat es ihm nicht erlaubt, diesen neuen Posten anzutreten.

* * *

† **Dr. Julius Leo,** Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses und Professor an der Jagellionischen Universität, verschied in Krakau, wo er Stadtpräsident war, im 57. Lebensjahre. Beim Ausbruch des Krieges war der Verstorbene, als Obmann des reichsruthenischen Polenklubs, Vorsitzender des Obersten polnischen Nationalkomitees, das die Legionen gegen Rußland organisierte.

* * *

Herr Rechtsanwalt Rothe-Chemnitz veröffentlicht in der „Sächsischen Volkszeitung" vom 22. Februar folgende Zuschrift: „Der Krieg mit der Ukraina und Polen. Geehrte Schriftleitung! Die in Nr. 42 Ihres geschätzten Blattes unter dieser Ueberschrift gebrachten Ausführungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Die von den deutsch-österreichischen Unterhändlern zu Brest-Litowsk um des Linsengerichts der erhofften Lebensmittellieferung der Ukraina willen — möchten diese Hoffnungen wenigstens keine trügerischen sein! — bewirkte Abtretung des Chełmer Landes an die Ukraina ist kein „ziemlich untergeordnetes Ereignis". Sie sollte dies am wenigsten für uns Katholiken sein. Hat doch das Chełmer Land unter dem Zarismus ein heldenmütiges Martyrium um seines Festhaltens an der kath. Kirche willen durchgemacht, das in seinen Einzelheiten an die christliche Urzeit erinnert. Durch den Krieg war es endlich, endlich von dieser Glaubenstyrannei freigeworden und durfte sich nun der berechtigten Hoffnung hingeben, beim Friedensschlusse zu dem kath. Polen, von dem es russische Willkür losgerissen, zurückkehren zu dürfen. Statt dessen ist es der Ukraina und damit der russischen Orthodoxie erneut ausgeliefert worden. Und das durch die kath. Unterhändler zweier Staaten, an deren Spitze kath. Staatenlenker stehen! Wahrlich — man müßte ein schlechter Katholik sein, wollte man nicht den Schmerz des kath. Volkes der Polen

ob dieses schweren der kath. Sache zugefügten Unrechts begreifen. Mit Recht ist deshalb ja auch im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages gerade vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion dieser verhängnisvolle Fehler verurteilt worden.

Rechtsanwalt Rothe-Chemnitz."

* * *

Vorläufig keine Uebergabe des Chełmlandes an die Ukraine. Lublin, 2. März. Die von einem Lemberger Blatte gebrachte Meldung, daß die österreichisch-ungarischen Okkupationsbehörden die Uebergabe des Chełmlandes an die ukrainische Republik vorbereiten und bereits mit der Räumung von Zamość begonnen hätten, sind als vollkommen unbegründet und unrichtig bezeichnet.

* * *

„Polnische Erfolge in Finnland". Unter diesem Titel veröffentlichen die „Berliner Neuesten Nachrichten" vom 26. Februar folgende Depesche aus Stockholm: Aus Finnland wird berichtet: Polnische Soldaten retteten Wiborg vor der Plünderung durch die russische Rote Garde. Einige hundert polnische Legionäre trennten sich bei Wiborg vom russischen Heere und besetzten, ausgerüstet mit reicher Munition, einen Hügel in der Nähe der Stadt. Die polnischen Soldaten teilten Vertretern der russischen Truppen mit, daß die Polen sofort das Feuer auf die Russen eröffnen werden, wenn sie zusammen mit der Roten Garde Plünderungen unternehmen sollten. Dank dieses Verhaltens der Polen ist in Wiborg alles ruhig.

* * *

Die polnischen Soldaten arbeiten mit den deutschen zusammen. Entgegen den Behauptungen des Abg. Stresemann im Reichstag bringt die „Voss. Ztg." (Morgenbl. vom 27. Februar) folgende Times-Meldung: Die russischen Soldaten setzen dem deutschen Vormarsch nur geringen oder fast gar keinen Widerstand entgegen. Die polnischen Legionen scheinen mit den Deutschen zusammen zu arbeiten. Die Stadt Mińsk wurde von polnischen Soldaten im Einverständnis mit den Deutschen besetzt.

* * *

Lednicki in Helsingfors. Vor einiger Zeit brachten die Zeitungen die Nachricht, daß der bekannte Führer der polnischen Demokratie in Rußland, Alexander Lednicki, von den Bolschewiki verhaftet worden sei. Diese Nachricht scheint nicht der Wirklichkeit zu entsprechen. Herr Lednicki soll sich seit Mitte Januar ständig in Helsingfors aufhalten.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski. Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 19.